



## Resolutionsentwurf des Verwaltungsrates an den Kongress 2015

### Fir eng lieweg Bedeelegungskultur u politesche Prozesser fir all BiergerInnen

---

Seit seiner Gründung engagiert sich der Mouvement Ecologique konsequent für eine verstärkte Bürgerbeteiligung. Dies aus einer Vielzahl von Beweggründen. Bürgerbeteiligung ist essentiell, damit u.a.

- politische Entscheidungen im Hinblick auf die Umgestaltung der Gesellschaft u.a. im Sinne der nachhaltigen Entwicklung gemeinsam erarbeitet werden und auch dadurch an Akzeptanz gewinnen;
- Wissen und Interessen der BürgerInnen ausreichend einbezogen werden können;
- ein Austausch zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen stattfinden kann und
- verstärkt ein konstruktiver Diskurs zwischen Politik und BürgerInnen stattfindet.

Der Mouvement Ecologique stellt fest, dass die Regierung im Rahmen des Koalitionsabkommens mit dem Anspruch angetreten ist, einen realen Qualitätssprung in der Informationspolitik der Regierung sowie der Beteiligungskultur zu gewährleisten.

Fakt ist jedoch, dass 15 Monate nach Regierungsantritt dieser Demokratisierungsprozess noch in den Kinderschuhen steckt. Wohl werden in verschiedenen Politikbereichen verstärkt Informationsveranstaltungen für BürgerInnen organisiert (so z.B. im Umwelt- und Landesplanungsbereich) und der Austausch zwischen Ministerien und Zivilgesellschaft wohl auch z.T. verbessert. Die Mitte des Jahres stattfindenden Referenden sind in diesem Zusammenhang sicherlich ein Instrument der Bürgerbefragung und insofern sinnvoll. Daneben gilt es jedoch in der Alltagskultur und in gängigen gesellschaftlichen Prozessen die direkte Beteiligung erheblich auszubauen.

Und hier ist die Regierung weit von denen von ihr selbst gesteckten Zielen entfernt eine reelle Beteiligungskultur sowie einen Paradigmenwechsel in der "gouvernance" des Staates zu gewährleisten.

**Der Kongress des Mouvement Ecologique fordert die Regierung auf generell einen Paradigmenwechsel in der Beteiligungskultur sowie der Demokratiegestaltung zu gewährleisten, u.a. indem sie:**

- ein «**Maßnahmen-Packet**» mit konkretem Zeitplan vorlegt, wie sie den **Demokratisierungsprozess** in Luxemburg vorantreiben will;

- **strukturelle Reformen im Sinne von mehr Transparenz und Demokratie** vornimmt, u.a. durch die seit Jahren versprochene Reform des "Staatsrates", eine Aufwertung der beratenden Gremien der Regierung (im Sinne, dass deren Gutachten veröffentlicht und kommentiert werden), die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum "cong  associatif", einem "Monitoring" des Whistleblowergesetzes, der verstärkten Fortbildung von Staats- /und Gemeindefunktionären im Bereich der Bürgerbeteiligung...
- der Staatsminister umgehend einen **reformierten Text des Gesetzesprojektes zum "droit à l'information" vorlegt**, der höchsten demokratischen Ansprüchen gerecht wird (und nicht wie der bis dato bekannte Entwurf, der eher die Verwaltung vor vermeintlich übertriebenen Anfragen schützt);
- der für die **«réforme administrative»** zuständige Innenminister und die gesamte Regierung im Rahmen der Fortführung dieser Reform auch verstärkt **Vereinfachungen im Sinne der BürgerInnen umsetzt bzw. Bürgerrechte stärkt** (so wie dies z.B. in Frankreich im Rahmen des «Code des relations entre le public et les administrations» erfolgt) ;
- die **direkten Beteiligungsmöglichkeiten der BürgerInnen substanziell ausgebaut werden**, u.a. mittels folgender Instrumente:
  - \* Ausbau der Beteiligungsrechte innerhalb von bestehenden Gesetzgebungen (z.B. im Rahmen des Gesetzes betreffend der Flächennutzungsplanung in den Gemeinden (étude préparatoire des PAG), der Kommodo-Inkommodo-Gesetzgebung (Einspruchsmöglichkeiten, verstärkte Schaffung von Begleitgremien));
  - \* der verstärkten Ausbildung von Moderatoren für Bürgerbeteiligungsprozesse / Diskussionsveranstaltungen;
  - \* der Gewährleistung eines systematischen Austauschs zwischen Akteuren bei wesentlichen Dossiers (Bsp. Plan für ländliche Entwicklung)
  - \* die Erstellung eines Aktionsplanes « Förderung bürgerschaftlichen Engagements und politischer Bildung als Priorität für ein neues Gesellschaftsmodell ».
- einen **breit aufgestellten Zukunftstisch**, unter der Federführung des Staatsministeriums, zu organisieren in dem zentrale Fragen der Zukunftsgestaltung Luxemburgs diskutiert werden (neben der Einbindung klassischer Akteure sowie der Zivilgesellschaft gilt es dabei auch die breite Bevölkerung über gezielte Beteiligungsformen anzusprechen).

**In der Konsequenz bezieht der Mouvement Ecologique folgende Stellung zu den im Mai gestellten Referendumsfragen:**

- **Ja zur verstärkten Integration und zu verbesserten Beteiligungsprozessen für ausländische MitbürgerInnen - ja zum Einwohnerwahlrecht !**

Der Mouvement Ecologique erachtet es als vordringlich, gezielt die Beteiligungskultur *aller* BürgerInnen und somit auch der ausländischer MitbewohnerInnen auszubauen.

Der Ausbau des Wahlrechtes - unter den von der Regierung genannten Bedingungen - ist dabei *eine* der sinnvollen Maßnahmen: insofern spricht sich der Mouvement Ecologique für ein Ja zum Einwohnerwahlrecht im Rahmen des Referendums aus - dies im Sinne der sozialen Kohäsion und einer demokratischeren Politikgestaltung. Die Hälfte der EinwohnerInnen darf nicht a priori von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, zumal wenn

BürgerInnen bereits Ihr Interesse an den Wahlen geäußert haben (mittels Einschreiben auf den Wahllisten bei Europa- oder Kommunalwahlen).

Die Beteiligungskultur im Sinne ausländischer EinwohnerInnen darf jedoch nicht dabei Halt machen: weitere Instrumente (z.B. Ausbau von Sprachkursen, Vielfalt an Sprachen im Rahmen von öffentlichen Bürgerbeteiligungsprozessen...) müssen ergriffen werden.

- **Auch spricht sich der Mouvement Ecologique für das Wahlrecht von Jugendlichen ab 16 Jahren aus:**

Aller Voraussicht nach, wird das Interesse bei Jugendlichen wohl begrenzt bleiben bzw. gilt auch hier das Wahlrecht kann nur als ein Instrument zur stärkeren Einbindung der Jugendlichen angesehen werden. Fast wichtiger, ist es die politische Bildung im Besonderen im schulischen Rahmen sowie die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen sowohl in der Schule wie auch in den Gemeinden auszubauen. Allerdings sollte den besonders interessierten Jugendlichen zusätzliche die Möglichkeiten eingeräumt werden, sich auf Wahllisten einzuschreiben.

- **Mindestmandatsdauer von politischen Amtsträgern:**

A priori kann eine «Machtbündelung» über zu lange Zeiträume als problematisch angesehen werden. Jedoch das Demokratiedefizit bzw. evtl Strukturprobleme in Ministerien hängen nicht gleich a priori von der Mandatsdauer der politischen Ämter ab. Es wäre fatal, wenn der Eindruck entstehen würde, mit dieser Begrenzung wäre eine demokratische Umgestaltung des Staates erfolgt. Weitaus zentraler sind für den Mouvement Ecologique die oben genannten strukturellen Reformen, wie z.B. jene des Staatsrates oder die Aufwertung der Arbeit der Abgeordnetenkammer.